Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 70 (1976)

Heft: 3

Artikel: Das Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft und der Bau von Atomkraftwerken in der Schweiz

Autor: Fellmann, E.A. / Kreuzer, Konradin

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-142536

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 07.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft

und der Bau von Atomkraftwerken in der Schweiz

Der Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken in der Schweiz machte Schlagzeilen, als es zur Besetzung des Bauplatzes für das Atomkraftwerk Kaiseraugst kam. Die Widerstandsbewegung kann in diesem Fall insofern einen Erfolg buchen, als der Baubeginn um Monate, vielleicht sogar um Jahre aufgeschoben, und Zeit gewonnen wird, für den ideellen und grundsätzlichen Kampf, der nicht auf der Straße sondern in zähen Auseinandersetzungen mit dem Schweiz. Verband für Atomenergie ausgefochten wird, vor allem aber mit dem Bundesrat und den wissenschaftlichen Experten, auf deren Urteil der Bundesrat, als Lizenz erteilende Behörde, abstellt. Als Vertreter des Widerstandes gegen Atomkraftwerke steht das «Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft» an vorderster Stelle. Ihm gehören Wissenschafter, Ärzte, Ingenieure wie auch Mitglieder der Besetzergruppe von Kaiseraugst an. Eine Unterredung der «Delegation Kaiseraugst» mit den Bundesräten Ritschard ,Brugger und Hürlimann über Fragen der Sicherheit fand am 4. Juli 1975 statt und eine weitere Unterredung, an der die Ergebnisse der Expertengespräche vom 4. Juli hätten diskutiert werden sollen, war auf den 18. November angesetzt. Die Verhandlungsstrategie des Bundesrates geht nun aus einem Schreiben Bundesrat Ritschards an die Kaiseraugst-Delegation hervor. Er möchte das Thema Atomkraftwerke als eine Reihe von Fachfragen betrachtet sehen, die nur von Experten zu verstehen sind und deshalb nicht unter die Kompetenz von «Laien» fallen.

Diesem Standpunkt des Bundesrates tritt nun das Forum mit aller Entschiedenheit entgegen. Im nachstehenden Schreiben, das an die erwähnten Bundesräte gerichtet ist, aber auch an die Mitglieder der Bundesversammlung und an Prof. Dr. Otto Huber, Präsident der Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KÜR) kommt die Ablehnung des bundesrätlichen Standpunktes durch die Forum-Gruppe mit aller wünschbaren Deutlichkeit zum Ausdruck.

Herren Bundesräte — Basel, 8. Dezember 1975

Willi Ritschard, Ernst Brugger, Hans Hürlimann

Sehr geehrte Herren Bundesräte,

In Ihrem Brief vom 13. November 1975 an die Delegation Kaiseraugst (in der der Rechtsunterzeichnete Mitglied ist) schrieben Sie, Herr Bundesrat Ritschard u. a.:

«Es hat keinen Sinn, vor drei Mitgliedern des Bundesrates einzelne Fachfragen zu diskutieren, die nur Experten verstehen können.»

Dieses Vorgehen kommt einer Verhandlung unter Ausschluß des Haupt-Verhandlungsgegenstandes (Sicherheit und Schutz der Bevölkerung) gleich. Gemäß Protokoll der Verhandlung vom 4. Juli a. c. zwischen Ihnen und der Delegation Kaiseraugst (Seite 57) hätten die Ergebnisse der Expertengespräche in der zweiten Verhandlung diskutiert werden sollen. Dazu aber haben Sie es am 18. November nicht kommen lassen.

Bei den meisten strittigen Sachfragen — insbesondere im Bereich der Sicherheit von Atomanlagen — handelt es sich nicht (wie Sie geltend machen) um Dinge, die nur Experten verstehen können. Es geht vielmehr um elementare Grundbegriffe, die zu kennen und zu berücksichtigen unerläßlich ist, wenn man über Unternehmungen von derart großer Tragweite, wie sie Atomanlagen darstellen, Entscheidungen treffen will. Unseres Erachtens genügt es nicht, daß Sie sich damit zufrieden geben, nur die Schlußfolgerungen Ihrer Experten zur Kenntnis zu nehmen und zu eigen zu machen. Müßten Sie nicht selber die Gedankengänge nachvollziehen, die Ihre Experten zu ihren Schlüssen geführt haben, und müßten Sie nicht selber auch den Inhalt der Einwände, die von Seiten der Betroffenen vorgebracht werden, ebenso sorgfältig kennenlernen und abwägen? Wie wollen Sie den Projekten zustimmen, solange diese beiden Voraussetzungen nicht erfüllt sind?

Auch die Bevölkerung (jedenfalls die Mehrheit in der Region Basel und weite Teile der übrigen Schweiz) versteht Ihre «Genügsamkeit» nicht. Diese Bevölkerung hat ja auch längst das Vertrauen in die für die Atomkraftwerke zuständigen eidgenössischen Experten verloren. Damit daß Sie, Herren Bundesräte, Ihr Vertrauen in diese Experten erneut beteuern, läßt es sich im Volk nicht zurückgewinnen.

Wir wollen unsere Auffassung und die gestellten Fragen mit dem beiliegenden Text erläutern und unterstreichen: am Beispiel der Antworten, die der Präsident der Eidgenössischen Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KÜR), Prof. Dr. Otto Huber, vor ein paar Monaten auf Fragen von Ärzten über den Schutz der Bevölkerung im Fall eines schweren Reaktorunfalls gegeben hatte. Aufklärungen und Weisungen von der Art, wie sie hier offiziell (nämlich mit der ausdrücklichen Billigung vom Departement des Innern und vom Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement) erteilt wurden, werden von der Bevölkerung als unannehmbare Zumutung empfunden. Am hilflosesten muß sich einer solchen Situation der Bauernstand ausgeliefert fühlen.

Sachverhalte wie der in unserer Beilage beschriebene erfordern zum Verstehen keine speziellen Fachkenntnisse. Sie sind aber unbedingt zu berücksichtigen, will man das auf uns Zukommende beurteilen. Wir bitten Sie, sehr geehrte Herren Bundesräte, unsere kritische Replik auf die Ausführungen von Herrn Professor Huber aufmerksam zu studieren.

Mit freundlichen Grüßen

Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft

Der Präsident: Dr. E. A. Fellmann. Der Sekretär: Konradin Kreuzer

*

Das «Forum» nimmt Bezug auf einige Fragen, die ein Churer Arzt, Dr. med. Max Linder, an die Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KÜR) richtete, und die im Wesentlichen darum gingen, «ob die Bevölkerung bei einem schweren Unfall in einem Atomkraftwerk wirksam geschützt werden könne.»

Die KÜR beantwortete die Fragen in einem von ihrem Präsidenten, Prof. Dr. Otto Huber, verfaßten Artikel «Sicherheit bei Kernkraftwerk-Unfällen: Fragen und Antworten». Er wurde veröffentlicht in der Schweiz. Ärztezeitung vom 13. August 1975, Heft 32.

Eine Analyse dieser Antworten durch die Forum-Mitglieder Dr. med. Germaine Kreuzer-Benz und Ing. Chem. ETH Konradin Kreuzer soll demnächst vollumfänglich in der Ärzte-Zeitung erscheinen. Der Text dieser Analyse geht ferner an die Parlamente der Kantone AG, BL, BS, BE, FR, GE, LU, SG, SO, ZG, ZH.

Aus der gekürzten Fassung der Analyse, die das «Forum» den Anweisungen der KÜR widmet, sei entnommen, was die Bevölkerung den behördlichen Schutzmaßnahmen gegenüber so skeptisch machen muß.

«Aufsuchen von Keller- oder Schutzräumen»! So lautet die offizielle Devise der Eidg. Kommission zur Überwachung der Radioaktivität (KÜR); denn eine Evakuierung der Bevölkerung sei kein taugliches Mittel. Die KÜR hatte im August auf die Frage von Ärzten nach der Zahl möglicherweise betroffener Personen bei einem schweren Reaktor-Unfall eine ausweichende Antwort gegeben (... je nach Winden und anderen meteorologischen Bedingungen). Die Auskünfte seien hier mit einem Zahlenbeispiel anhand der KÜR-Empfehlungen ergänzt. Angenommen, es erfolge nachts ein katastrophaler Unfall im geplanten Atomkraftwerk Kaiseraugst. Im nächtlichen Hauptabwind vom Reaktor liegt Basel. Der kleinere Fluchtsektor mit einem Winkel von 20 Grad und einem Radius von 10 km (KÜR-Empfehlung: Schutzräume aufsuchen!) würde rund 50 000 Einwohner einschließen. Der anschließende

Ringsektor bis 20 km Radius (KÜR-Empfehlung: in der Wohnung bleiben, Fenster und Türen zu; Kinder und Schwangere in die Schutzräume!) würde mehr als 200 000 Einwohner umfassen, u. a. den Hauptteil der Stadt Basel. So müßten die Menschen «½ Tag» «bis maximal einige Tage» ausharren. Wo die Schutzräume mit Luftfiltern ausgestattet sind, dürften diese nicht in Betrieb gesetzt werden, da sie — laut Angaben der Schweiz. Vereinigung für Atomenergie, SVA-Bulletin 12, 1975, Seite 24 — radioaktive Edelgase nicht zurückhalten können. Man wird also radioaktiv beladene Luft atmen müssen, schreibt doch ein Armeereglement 1975 vor: «Die natürliche Lüftung, welche allenfalls durch behelfsmäßige Vorrichtungen wie Küchenventilator, Staubsauger usw. verbessert werden kann, muß einen ein- bis zweifachen Luftwechsel pro Stunde im Schutzraum gewährleisten.»

Die KÜR-Empfehlungen sehen bei gefährlich erhöhter Radioaktivität auch Einschränkungen im Verbrauch von Trink- und Tränkewasser und von Lebensmitteln vor, schließlich auch das Tragen von Gasmasken. Die Bauern müssen aus den gegebenen Weisungen ableiten, daß es für sie mitsamt Viehhabe und Kulturen keinen wirksamen Schutz gibt. Die KÜR behauptet, daß sie «den Schutz vor späteren indirekten Folgen eines schweren Reaktorunfalles, wie Aufnahme verstrahlter Nahrungsmittel» gewährleiste. Sie deutet aber mit keinem Wort an, wie sie dies tun wolle.

Die KÜR nennt als verfügbare Zeitspanne zwischen Unfall und Abgabe von Radioaktivität eine halbe bis eine Stunde und addiert dazu eine Wind-Transportzeit ab Werk bis zu den Betroffenen. Bedeutende neueste Studien (u. a. einer Gruppe der Amerikanischen Physikalischen Gesellschaft, 1975) deuten darauf hin, daß die erstgenannte Zeitspanne zu optimistisch bemessen ist. Da ferner um die schweizerischen Reaktoren keine sog. Ausschlußzonen und keine Zonen dünner Besiedlung von einigen Kilometern Radius liegen (wie sie in andern Ländern vorgeschrieben sind), reduziert sich auch die Wind-Transportzeitspanne für nächste Betroffene auf ein unbedeutendes Maß.

Der Brand im amerikanischen Atomkraftwerk Browns Ferry (gleicher Typ, gleicher Hersteller wie für Kaiseraugst geplant) im März 1975 hatte rund tausend elektrische Leitungen zerstört und so die daran angeschlossenen Funktionen gestört oder ausgeschaltet. Der Vorfall hat deutlich gemacht, wie sehr die einzelnen Sicherheitseinrichtungen voneinander abhängig sein können; sie sind also nicht so «voneinander unabhängig», wie sie die KÜR darstellt.

Von den Ärzten, vorwiegend in der Region Basel, denen die Analyse der behördlichen Anweisungen (KÜR) vorgelegt wurde, unterzeichneten fünfzig Ärzte und Professoren der Medizin nachstehende Erklärung:

«In Kenntnis der Antworten der KÜR und der Replik des «Forums für Verantwortbare Anwendung der Wissenschaft» erklären sich die hier unterzeichneten Ärzte beunruhigt über das Ungenügen der von den eidgenössischen Behörden vorgekehrten Schutzmaßnahmen. Die Unterzeichneten sind der Auffassung, daß die Erklärungen der KÜR nicht geeignet sind, Vertrauen in die bestehenden und geplanten Atomkraftwerke, noch in die zuständigen Sicherheitsinstanzen (Alarmorganisation, Eidgenössische Kommission für die Sicherheit von Atomanlagen, Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen im Eidgenössischen Amt für Energiewirtschaft) zu erwecken.»

Schließlich sei noch das Problem der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz erwähnt. Wie das «Forum» feststellt, äußern sich Dr. P. Graf und dipl. Ing. ETH H. Zünd von Motor Columbus AG dazu wie folgt:

«Die kleine und relativ dicht besiedelte Schweiz ist nicht eben reich an idealen Lagerplätzen für radioaktive Abfälle. Es gibt keine ausgesprochenen Trockenzonen. Im Jura mit seinen zerrissenen Kalkfelsen kann kaum von kontrolliertem Wasserfluß die Rede sein, obwohl die natürlichen Höhlen auf den ersten Blick als idealer Lagerplatz gelten könnten. In den Alpen sind die Verhältnisse nicht besser. Im Mittelland, wo das Grundwasser fast allgegenwärtig ist und als hauptsächlichste Trinkwasserquelle dient, ist das Vergraben von aktiven Abfällen gegenwärtig noch nicht angebracht. Die Zeitpanne von etwa zwanzig Jahren, während welcher Abfälle im Ausland vergraben wurden, ist noch zu kurz, um ein endgültiges Urteil über den Mineralisierungsprozeß und das Verhalten der radioaktiven Stoffe fällen zu können.»

«Die vorhandenen Salzlager (Rheinsalinen, Salzmine bei Bex) werden immer noch ausgebeutet. . . . Geeignete, unberührte Salzlager . . . oder ausgesprochene Salzdome konnten bis heute nicht gefunden werden.»

«Bei allen in Frage kommenden Möglichkeiten der Abfallbeseitigung fehlt die langjährige Erfahrung. Unter den erwähnten ungünstigen Verhältnissen ist die Wahrscheinlichkeit, in der Schweiz einen geeigneten sicheren Experimentierplatz zu finden, sehr klein.»

«Die zitierten Feststellungen der auf dem **Energiesektor führenden schweizerischen Gesellschaft (Motor Columbus AG)** stammen aus dem Jahr 1969 (und bestehen noch heute unverändert; Red.) Neu ist die unerfreuliche Aussicht, daß das Ausland schon in absehbarer Zeit nicht mehr gewillt sein könnte, radioaktive Abfälle aus der Schweiz — insbesondere hochaktive — entgegenzunehmen (bzw. nach Verarbeitung zu behalten). Bundesrat Ritschard machte in seiner Rede im Nationalrat (17.Juni 1975) darauf aufmerksam.»

Die anderweitig geäußerte bundesrätliche Zuversicht, es könne «das

Problem der endgültigen Lagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz innert nützlicher Frist und auf befriedigende Art gelöst werden», fußt auf keinen experimentellen Befunden, sondern lediglich auf Wünschen und Hoffnungen. Red.

Einige Gedanken zu: Urgestein, religiös und geologisch

(Ein Reisebericht einmal anders)

1. Die Reisegruppe

Besucher Süd-Indiens, wie solche unsere Reisegruppe, drei Wochen Ende Dezember, anfangs Januar 1975/76, vereinigte, tauchen beim Betreten indischer Erde und bei der Beobachtung des ihnen Entgegentretenden in eine ihnen neue Welt ein. Sie ist eine eigenartige, urtümliche Welt. Der Europäer wird von ihr angezogen, aber zugleich auch abgestoßen. Wie könnte es auch anders sein?

Angezogen, weil er auch in sich Urtümliches mitbringt, das irgendwie dort sich im Gegenwärtigen wiedererkennt. Gilt für ihn doch auch in seinem seelisch-geistigen Wesen das Grundgesetz*, daß Ontogenie gleich Phylogenie ist. Er kann nun in Indien gleichsam auf einem Rückwärtsgang die Stationen, oder mindestens einige von ihnen, seiner Entfaltung vom Unbewußten, zum Halb- und zum heute Bewußten im geistig-praktischen, wie aber auch im geistig-geistlichen oder religiösen Bereich wieder erleben und dadurch seine Tiefen besser verstehen lernen.

Sein Verständnis rührt her aus dem besonderen Entwicklungsgang, welchen der westliche Geist und durch ihn auch die Menschenseele durchlaufen hat. Sein religiöses Gefühl, und das durch dasselbe ihm offenbar gewordene Mit- und Insichsein in seiner Umwelt, begegnet nun nicht mehr nur naiv dem auf ihn Zukommenden, sondern intellektuell-analytisch. Letzteres Denken ist eine besondere Spur in der geistig-seelischen Entwicklung der westlichen Menschheit. Sie wurzelt in der Naturphilosophie des Griechentums (etwa Demokrit mit seinen Atomen) und in der Ideenphilosophie Plato's, wobei seine abstrakten Ideen in der überirdischen Welt Bildgestalt haben sollen. Dies weist möglicherweise

---

* Dieses «biogenetische Grundgesetz», auf den Menschen bezogen, besagt: Jeder Mensch macht in seiner persönlichen körperlichen-seelischen-geistigen Entwicklung in abgekürzter Weise den gleichen Entwicklungsgang durch, wie ihn das Menschengeschlecht, von der ersten Zelle an bis zur heutigen Erscheinungsform, durch die Jahrmillionen hindurch erlebte.